

13. IV. 1917

58

Landesminister Dr. Urban über die Krieg- und Friedenswirtschaft.

fördert. Soweit diese Zusammenfassung sich als ein unabweisliches Kriegsgebot erwiesen hat, läßt sich dagegen wohl nichts einwenden. Es wäre jedoch verfehlt, das, was in einzelnen Fällen geschehen mußte, als eine allgemein gültige Richtschnur für unsere Industriepolitik anzuerkennen und diese Konzentration systematisch zwangsweise auszugestalten, zumal es erwiesen ist, daß bei einer großen Zahl von Betriebszweigen die aus einer solchen Zusammenlegung erwarteten technischen und ökonomischen Vorteile sich gar nicht einstellen können.

Wir werden allerdings nach dem Kriege mancherlei Wandlungen unserer früheren volkswirtschaftlichen Anschauungen erleben und besonders auf dem Gebiete der sozialen Reformen neue Richtlinien verfolgen müssen, wobei rasch und in großen Zügen gehandelt werden muß. So wird auch nach Beendigung des Krieges auf vielen Gebieten unseres Wirtschaftslebens das freie Spiel der Kräfte nicht sofort einsetzen können, vielmehr eine Fortsetzung des Eingreifens der Staatsgewalt in den Prozeß der industriellen Produktion und des kommerziellen Verkehrs unabweislich sein, hauptsächlich so weit dies die Reetablierung unserer Volkswirtschaft erfordert. Wir wissen heute noch nicht, ob unsere Feinde die von ihnen nach Friedensschluß angebotene Fortsetzung des Handelskrieges auch werden durchsetzen wollen und können; jedenfalls müssen wir zur Abwehrbereitschaft alle unsere wirtschaftlichen Kräfte zusammenfassen.

Die Organisation der Uebergangswirtschaft.

Damit aber stehen wir vor der Aufgabe, eine planmäßige Organisation unserer Uebergangswirtschaft durchzuführen und die Kriegswirtschaft wiederum in die Friedenswirtschaft organisch hinüberzuleiten. Für alle diesfalls zu treffenden staatlichen Maßnahmen wird als Grundgedanke gelten müssen, daß ihre Berechtigung nur aus den außerordentlichen Verhältnissen abzuleiten ist, unter denen wir leider noch geraume Zeit nach Kriegsende leben werden und die es notwendig machen werden, manche Sonderinteressen den Interessen der Gesamtheit unterzuordnen. Für die Tendenz dieses staatlichen Einflusses soll aber als Richtschnur gelten, daß diesem als Ziel vorzuschweben muß, die Sphären der Freiheit des wirtschaftlichen Lebens und die Selbstverantwortlichkeit des einzelnen grundsätzlich zu wahren und alles zu vermeiden, was geeignet wäre, die individuelle Unternehmungslust und Schaffenskraft zu lähmen. Zur Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens und zur Tragung der ungeheuren Kriegslasten wird es ohnehin der höchsten Anspannung unserer industriellen Kräfte bedürfen. Um so mehr ist es zu bedauern, daß manche industrielle und kommerzielle Kreise in letzter Zeit ungerechtfertigten Angriffen ausgesetzt wurden. Gewiß wird das allgemeine Volksurteil, welches über die in der Kriegszeit emporgewachsenen Schädlinge der Gesellschaft die verdiente Acht ausspricht, nirgends eine kräftigere Billigung finden als in den Kreisen des legitimen Handels und Verkehrs.

Dafür aber muß das solide, gesunde, schaffende Unternehmertum den ihm gebührenden Schutz für seine Stellung in der Wirtschaftsordnung in Anspruch nehmen und die Abwehr aller jener Tendenzen verlangen, die geeignet wären, das natürliche Gleichgewicht in unserem Wirtschaftsleben zu beeinträchtigen.

Nur gegen die erwähnten Auswüchse im Handelsleben sind die Absichten der kaiserlichen Verordnung vom 24. März betreffend die Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsgegenständen gerichtet. Dies ist auch in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise in dem zur Veröffentlichung gelangten Erlaß des Justizministeriums vom 24. April zum Ausdruck gebracht worden. Insbesondere wird in demselben auch ausdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, die im Interesse der Versorgung der Bevölkerung sich betätigenden Kreise der Produktion und des Handels in ihrer legitimen Tätigkeit nicht zu stören.

Der gesunde Unternehmungsgeist, auf dessen kraftvoller Betätigung unsere Volkswirtschaft gerade in der Zeit der Ueberleitung zum Frieden angewiesen sein wird, soll daher in seiner Entfaltung auch unter der Wirksamkeit dieser kaiserlichen Verordnung in keiner Weise gehindert werden; im Gegenteil wird es die Aufgabe der Regierung sein, alle beruflichen Kräfte sich voll entfalten zu lassen, damit nicht nur die Schäden, die der Krieg mit sich bringen mußte, wieder gutgemacht, sondern auch das Emporblühen unserer Volkswirtschaft durch eine auf die höchste Leistungsfähigkeit gesteigerte Produktivität gesichert werde. — Die Behandlung der großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Ueberganges zur Friedenswirtschaft nimmt gegenwärtig im Handelsministerium einen großen Teil seiner Geschäftsführung in Anspruch. Es läßt sich gegenwärtig noch nicht übersehen, welche Anforderungen die Demobilisierung unseres Wirtschaftslebens an uns stellen wird, doch können wir annehmen, daß sie noch schwieriger sein wird, als dessen Mobilisierung. Das Generalkommissariat für die Kriegs- und Uebergangswirtschaft soll im Verein mit der eingesetzten interministeriellen Kommission ein einheitliches Vorgehen der beteiligten Zentralstellen und eine konzertierte Geschäftsführung des Handelsministeriums ermöglichen.

Dazu wird der Hauptausschuß für die Kriegs- und Uebergangswirtschaft treten, in dem alle Interessentengruppen eine entsprechende Vertretung finden sollen.

Dem der Schwerpunkt der Organisation liegt eben darin, daß den Interessenten bei allen Maßnahmen, die in der Uebergangszeit ergriffen werden sollen, das erste Wort zu kommen und daß es ihnen obliegen wird, auch die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen zu übernehmen. Unsere Absicht ist, für die Durchführung aller dieser Angelegenheiten eine neue wirtschaftliche Selbstverwaltung zu schaffen, die bei ihrer Tätigkeit mit der staatlichen Verwaltung in enger Fühlung bleibt. Auf diese Weise wollen wir mit der Hilfe und der Unterstützung einerseits der Kriegs- und Wirtschaftsverbände, andererseits der freien industriellen Organisationen, zu denen auch Ihr Bund gehört, dessen Präsident in den Hauptausschuß berufen werden wird, an die Aufgabe herantreten, unsere Volkswirtschaft auf neuen Grundlagen wieder aufzubauen, die — wie wir zuversichtlich hoffen dürfen — eine segensreiche Entwicklung verbürgen!

Die Neuregelung der landespolitischen Verhältnisse.

Zu den wichtigsten Aufgaben meines Ressorts zählt ferner die Neuregelung unserer handelspolitischen Verhältnisse. Sie hätte schon im heurigen Jahre eintreten sollen, jedoch der Krieg hat dies verhindert, die Situation einschneidend geändert und die Voraussetzungen der Ordnung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande ins Ungewisse gestellt. Aus der Ungewißheit dieser Verhältnisse darf jedoch nicht gefolgert werden, daß die Vorbereitungen zur handelspolitischen Neuordnung auf jenen Zeitpunkt verschoben werden können, in dem die Verhältnisse zum entschlossenen Handeln reif geworden sind.

Im Gegenteil, wir müssen mit verdoppelter Anstrengung schon jetzt daran arbeiten, uns durch die Wirren der gestörten Zusammenhänge unseres Wirtschaftslebens mit denen der andern Staaten unsern Weg zu bahnen.

Es ist bekannt, daß durch den Abschluß der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn unsere handelspolitische Aktionsfreiheit nach außen hergestellt ist. Hieron und von den Möglichkeiten, die der Krieg trotz unglücklicher Erschwernisse uns eröffnet hat, werden wir Gebrauch machen, um zunächst eine engere wirtschaftspolitische Verbindung mit dem Deutschen Reich anzubahnen und sodann mit diesem und unsern andern Bundesgenossen auch die übrigen internationalen Handelsbeziehungen neu zu gestalten. Wir werden uns in letzterer Hinsicht nicht von aggressiver Handelsfeindseligkeit leiten lassen, durch die jeder Staat die andern, aber auch sich selbst schädigt, sondern wir werden alle unsere Bemühungen darauf richten,

möglichst günstige Bedingungen für den wechselseitigen Weltverkehr zu schaffen. Jedenfalls werden wir in der Förderung unseres Auslandsabsatzes eine unserer wichtigsten Aufgaben erblicken und diese mit der Entwicklung unserer Hilfsquellen im Innern des Landes und mit der möglichen Nationalisierung unseres gesamten Wirtschaftsbetriebes in enge Verbindung bringen, wobei wir hoffen, daß der Grundgedanke der höchsten Steigerung der produktiven Arbeit vereint mit der Erzielung des größten ökonomischen Nutzeffektes als der kategorische Imperativ für unser Wirtschaftsleben in der Zukunft allgemein zur Anerkennung gelangen wird.

Die wiederholt von lebhaften Zustimmungsgedebungen unterbrochene Rede des Handelsministers löste bei der Versammlung stürmischen Beifall aus. Präsident Better dankte dem Minister und sprach die Hoffnung aus, daß es dem Minister auch möglich sein werde, seine Pläne zur Ausführung zu bringen.

Nach Genehmigung des Rechnungsabchlusses und Revisionsberichtes und nach Durchführung der Wahlen in das Präsidium und den Zentralausschuß des Bundes erteilte der Vorsitzende dem Vizepräsidenten kaiserlichen Rat Dr. Johann Aupfizer das Wort zur Erstattung seines Referats. — Doktor Aupfizer bemerkte einleitend, daß er von jener Uebergangswirtschaft spreche, die mit dem Tage des Friedensschlusses einsetze. Wie die Wirtschaft dann gestaltet werden soll, ob Zentralen und Kriegsausschüsse weiter in Wirksamkeit zu bleiben haben, ob die staatliche Regelung von Import, Erzeugung, Absatz und Preisen Platz greifen oder von diesem Augenblick an die Verkehrsfreiheit zur Geltung gelangen soll, das sind die Fragen, bei deren Beantwortung die Gegensätze der Anschauungen heftig aufeinanderprallen. Gegenüber der Bestimmtheit, mit welcher die Staatssozialisten die weitere Bestimmung des Staatseinflusses auf das wirtschaftliche Leben vorherzusagen und als notwendig bezeichnen, steht Redner auf dem Standpunkt, daß der durch den Krieg zerrissene Faden der Kontinuität der wirtschaftlichen Entwicklung wieder angeknüpft werden könne und solle. Die Steuerlast, die aus der großen Verschuldung resultiert, wird zwar ungeheuer sein, aber nur die höchste Anspannung der Einzelkräfte in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft wird dieser Last gewachsen sein. Eines sei sicher, daß namentlich der industrielle und kaufmännische Mittelstand durch die Fortdauer der bestehenden Organisationen auf das schwerste geschädigt, ja in seiner Existenz bedroht würde. Die Valuta für die Bezüge aus dem Auslande an Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Genußmitteln werde wohl Hunderte von Millionen in Anspruch nehmen, allein die Furcht vor einer weiteren Entwertung unserer Währung sei jedenfalls übertrieben.

Redner bespricht weiter die Frage des Schiffsraumes, die dahin entschieden betrachtet werden muß, daß wir eher zu viel als zu wenig davon haben melden, und richtet den Appell an die Regierung, daß sie den Schladtruf des deutschen Reichsaufmarsches für den Frieden: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ auch zu den übrigen machen möge; ihre Aufgabe wäre es, alle Hemmnisse, die der Produktion entgegenstehen, aus dem Weg zu räumen, zu welchen Hemmnissen nicht am wenigsten die industrielle und kapitalfeindlichen Instinkte gezählt werden müssen. Von dem Handelsamt erwartet die Industrie jene Beeinflussung des öffentlichen Geistes, die die Gefahr verhütet, daß der Produzent sich verdrossen zurückziehe und Rentner werde, was wohl das größte und unwiderbringliche Unheil wäre, das dem Vaterland zustoßen könnte. (Lebhafter Beifall.)

Geheimer Rat Sektionschef Dr. Medel erbittet das Wort, um Mißverständnissen und falschen Schlagworten entgegenzutreten. Bei der Uebergangswirtschaft handle es sich nicht bloß um die Fragen der Valuta, der Rohstoffbeschaffung und des Schiffsraumes, sondern um eine ganze Fülle von Aufgaben der industriellen Verwaltung. In Deutschland werde in den Kreisen der Industrie und sogar des Handels von weitgehenden Beschränkungen in der ersten Zeit des Krieges als von etwas Unausbleiblichem gesprochen. In neutralen Ländern sei man der Meinung, daß sich die handelspolitischen Vereinbarungen nicht in Form von Handelsverträgen, sondern vorerst in Form von kaufmännischen Geschäften über die Ausfuhr bestimmter Quantitäten und Qualitäten von Waren bewegen werden. Es sei richtig, daß die geschaffenen Kriegsorganisationen nicht zu aller Zufriedenheit funktionieren, sie müssen eben sämmerzen, weil die Beschränkung ihr Zweck sei. Auch jene Industrien, welche inländische Rohstoffe verarbeiten, werden nicht sofort exportieren können, weil ihnen das Rohmaterial fehlen wird.